



HALTUNG und POSITION

Grundsatzpapier der Landessynode zur Friedensfrage

17. November 2022

Die Nordkirche versteht sich als eine Kirche, die im Geschehen der Zeit lebt und wirkt. Ihr Tun und Lassen, ihr Reden und ihr Schweigen ist auch politisch, weil es zeigt, wie sich die Kirche zu den Fragen der Zeit verhält - oder sich nicht verhalten will oder kann.

Verfasste Kirche und Diakonie wirken im Handeln und im Wort. Darin wird eine innere Haltung sichtbar, aus der heraus die Synode und die anderen kirchenleitenden Gremien immer neu um Positionierungen ringen. Denn: Positionierungen zu gesellschaftspolitischen Fragen sind wichtig und gewollt, sie gehören zum Auftrag der Kirche.

Das Ringen um gemeinsame Positionen zu den Fragen der Zeit orientiert sich am biblischen Zeugnis und lässt sich in der Friedensfrage in folgenden Kategorien bestimmen: Schutz der Schwachen, Bewahren und Stärken von Recht und Menschenrechten, Ermöglichen und Entwickeln von Gerechtigkeit.

Dabei bemüht sich die Nordkirche um die Haltung einer Lernenden, die sich von Gottes Geist leiten lässt zu immer neuer Erkenntnis. Sie versteht sich als Mahnerin gegen eine scheinbare und vordergründige Logik angeblicher Alternativlosigkeit, des vermeintlich Naheliegenden und der Macht des Faktischen.

In der Friedensfrage heißt das, dass die Nordkirche sich als eine Lerngemeinschaft versteht. Gemeinsames Hören, Einordnen und Verstehen ist ebenso mit nichtkirchlichen Partner*innen gewünscht und von Wert wie in der Verbundenheit mit ökumenischen Geschwistern weltweit.

Die Nordkirche hinterfragt konsequent und kritisch den Einsatz von Gewalt bezüglich Zweck und Begründung, Angemessenheit, Willen zur Deeskalierung sowie Alternativen jenseits einer scheinbar alternativlosen Sicherheitslogik.

Der Einsatz militärischer Gewalt benötigt inhaltliche Kriterien. Entsprechend der über Jahrhunderte entwickelten allgemein ethischen und kirchlichen Urteilsbildung sind neben den Grundprinzipien von „gerechtem Grund“ und „gerechtem Ziel“ vor allem zwei weitere Kriterien zu nennen: Verwerflich ist der Einsatz von Gewalt, insofern eine präzise Unterscheidung zwischen Kämpfenden und nicht Kämpfenden zum Schutz der Zivilbevölkerung unmöglich ist. Zum zweiten ist militärische Gewalt dann abzulehnen, wenn durch den Einsatz von Gewalt zu erwartendes Leid und Schaden unverhältnismäßig größer wären als Leid und Schaden, die bei einem Fortbestehen jenes Zustandes und der zu erwartender Folgeerscheinungen zu befürchten wären, durch den der Einsatz von Gewalt herausgefordert wurde. Diesen Fragen müssen sich alle Konfliktparteien immer wieder neu stellen.

Die friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts erfordern, bewährte Grundsätze anhand aktueller Fragestellungen immer wieder neu zu sichten, zu bewerten und weiterzuentwickeln. Einen besonderen Vorrang räumt die Nordkirche dabei dem Leitbild des „gerechten Friedens“ ein, der nicht durch Waffengewalt erzwungen werden kann, sondern durch Recht und Gerechtigkeit erstellt und durch Vertrauen und Versöhnung gestiftet wird. Die Nordkirche öffnet Diskursräume, in denen strittige Themen angemessen diskutiert werden können, ohne dass vorschnell Positionen abgeurteilt und tabuisiert werden.

Die Nordkirche erachtet es als Friedensarbeit, in ihrem eigenen Bereich die Verschiedenheit von Positionen aus- und miteinander im Dialog zu halten. Das bedeutet, dass sie aus ihren pazifistischen Wurzeln friedenslogische Ansätze in die Diskurse einbringt. Sie reflektiert zugleich die Sicht einer christlich begründeten Ethik, die den Einsatz von Mitteln staatlicher Gewalt zur Wahrung von Recht und Gerechtigkeit sowie zur Verhinderung oder Eingrenzung von Krieg begründet.

Dass Menschen unterschiedlicher Anschauung einander aushalten, beieinander bleiben und voneinander lernen wollen, bietet ein friedenspolitisch wertvolles Modell für eine Gesellschaft, die sich zunehmend in geschlossenen Meinungsblasen bewegt.

In dieser Grundhaltung stellt sich die Nordkirche den komplexen konkreten politischen Fragen der Zeit. Die Nordkirche hinterfragt, lernt, bildet sich und bestimmt dann ihre Position. Sie hält darin auch die Not aus, sich gegebenenfalls zwischen Schuld und Schuld entscheiden zu müssen.

Dabei gründet sie ihre Position in christlicher Ethik und biblischer Grundlegung. Damit vermeidet sie die Vereinnahmung durch andere. Mit so gewonnenen Positionen bleibt sie unabhängig, politisch bündnisfähig und engagiert sich, auch mit anderen zivilgesellschaftlichen und ökumenischen Partner*innen, weiterhin für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.

„Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens.“ Lukas 1,79